

Haushaltsrede 2012

CDU-Fraktion --- 29. März 2012

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

Herr Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

sehr geehrte Vertreter der Presse!

Fünf Minuten – wie versucht für die Haushaltsrede vorzugeben – werde ich bei der Komplexität des Haushaltes 2012 nicht schaffen aber verspreche, mich so kurz wie möglich zu halten.

Bereits im September 2012 schlugen wir vor, unter Einbeziehung des BdSt eine aus Verwaltung und Ratsmitgliedern bestehende Sparkommission zu bilden, die im Vorfeld Sparmöglichkeiten dieses Haushaltes auslotet. Leider konnte sich die CDU nicht mit ihrem Ansinnen, von Anfang an mit Vertretern der Ratsfraktionen am Tisch zu sitzen, durchsetzen. Der Vorteil, aus gemeinsamen Gesprächen zwischen BdSt., Verwaltung und Ratsmitgliedern noch mehr Hintergrundinformationen zum Haushalt in die Fraktionen zu tragen, konnte leider nicht genutzt werden. Letztlich war uns der Spatz in der Hand lieber und wir stimmten der Behandlung im HFA zu. Trotzdem: Chance vertan!

Die Vorbereitung und Einführung von Herrn Kanski in den Haushalt durch die Verwaltung war umfassend und das Ergebnis bot für alle Fraktionen eine willkommene Hilfestellung. Zwar haben auch wir nicht erwartet, riesige Sparpotenziale aufgezeigt zu bekommen, aber wir alle wurden sensibilisiert für Kosten, die sich immer wieder als „Eh da – Kosten“ der näheren Betrachtung entziehen. Gemeint: Die Personalkosten! Auch die Erkenntnis ist nicht neu, dass Kleinstbeträge bei der Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die in den Produkten enthalten sind, sich in der Gesamtheit zu einer erheblichen Einsparsumme entwickeln können. Man muss sich nur die Mühe machen vieles zu hinterfragen und

daraus die notwendigen Schlüsse ziehen. Immer vor Augen, wir haben eine Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von insgesamt 1,8 Mio. €.

So haben auch wir uns am BdSt-Empfehlungskatalog während der Beratungen entlang gehandelt. Sie waren eine Hilfe!

Vorgezogen und isoliert von den eigentlichen Beratungen mussten die gemeindlichen Steuern neu festgesetzt werden. Hier sahen wir wenig Entscheidungsspielraum, da die Landesregierung im Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 die Hebesätze angehoben hat. So wurden wir gezwungen, in den sauren „Erhöhungsapfel“ zu beißen, da sonst die Gemeinde durch Kürzung der Landeszuwendungen infolge nicht realisierter fiktiver Einnahmen auf ca. € 150.000 hätte verzichten müssen. Bei einem im Ergebnisplan ausgewiesenen Defizit von 1.8 Mio. € darf auch nach Meinung von Herrn Kanski vom BdSt. – der wahrlich nicht im Ruf steht, Steuererhöhungen zu propagieren – nicht verzichtet werden. Ansonsten nimmt man billigend in Kauf, den Gemeindehaushalt mittelfristig vor die Wand zu fahren. Nur wenn man wirtschaftlich gesund und schuldenfrei ist, dürfe man sich diesen „Luxus“ leisten. Leider hat sich die FDP populistisch diesen Luxus erlaubt und hat damit ihre verantwortungslose Einstellung zu einer soliden Haushaltsführung offenbart.

Im Übrigen missfallen auch der CDU-Fraktion die von außen, d.h. von Bund und Land der Gemeinde auferlegten Lasten. Zwar zeichnen sich am Horizont Entlastungsbemühungen ab, die aber noch nicht ausreichen, den Kommunen wieder den unbedingt benötigten finanziellen Spielraum zurückzugeben. Deshalb müssen wir alle unseren politischen Einfluss bei unseren Vertretern in Bund und Land geltend machen und dafür sorgen, dass diejenigen, die die Musik bestellen, sie auch bezahlen!

Einige große und nachfolgend aufgeführte Investitionsvorhaben und Projekte stechen beim Studium des Haushaltes 2012 ins Auge und bestimmen das öffentliche Interesse.

Die Mittel des Landes für die Westumgehung sind – früher als erwartet – bewilligt und es könnte losgehen. Auf die Notwendigkeit dieser Maßnahme brauchen wir heute nicht mehr ausführlich einzugehen. Sie wird den Ortskern vom steigenden

Verkehrsaufkommen entlasten und damit den Anwohnern einiger als „Abkürzung“ genutzter Straßen hoffentlich mehr Lebensqualität bringen. 4.1 Mio. € Investitionssumme, davon 2.4 Mio. € Landeszuwendungen sind kein Pappenstiel und gerechtfertigt durch diese Erwartungshaltung, aber auch das steigende Verkehrsaufkommen infolge des Autobahnabfahrt Ostbevern. Dadurch wird die L 830 zunehmend als Zubringer zur A1 für einen Großteil des Kreises genutzt. Deshalb steht die CDU-Fraktion nach wie vor zu diesem Projekt und stimmt auch der Verpflichtungsermächtigung zu. Nun kann es losgehen und wir hoffen, dass uns der Bürgermeister bald Vollzug bezüglich des noch nicht abgeschlossenen Grunderwerbs melden kann.

Der Feuer und Bevölkerungsschutz liegt uns sehr am Herzen. Trotzdem waren über den Ansatz für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses von 1,6 Mio. € überrascht und der Überzeugung, dass es möglich sein muss, eine Alternativlösung zu suchen, die auch die Zustimmung der Wehr findet. Nach vielen internen Fraktionsgesprächen suchten wir den Kontakt zur Wehrführung und siehe da, unsere Überlegungen stießen auf Gegenliebe, weshalb wir unsere Vorstellungen in einem entsprechenden Antrag der Verwaltung zur Prüfung vorlegten. Schlecht kann unser Vorschlag nicht gewesen sein, denn sonst würden wir uns im nichtöffentlichen Teil dieser Ratssitzung nicht ausführlich mit unseren Überlegungen befassen, die gegenüber der bisherigen Planung Einsparungen und eine nicht zu unterschätzende Wertsteigerung zur Folge haben wird. Darüber hinaus bietet die vorgeschlagene Variante weitere Entwicklungsmöglichkeiten, Stichwort Rettungswache.

Dies nur ein Beispiel unserer Lernfähigkeit: Früher, d.h. z.Z. der damaligen CDU-Mehrheit haben wir auf dem kleinen Dienstweg derartige Überlegungen auf Machbarkeit überprüfen lassen. Bei Eignung wurden sie dann mit CDU- und Bürgermeistermehrheit durchgesetzt, waren dann aber leider nicht mehr als CDU-Idee wahrnehmbar. Heute ist das anders! Manchmal schwieriger, aber auch motivierender und transparenter!

Die Diskussion um Schule und Raumbedarf insgesamt schlagen in Ostbevern hohe Wellen. Auch nach der Diskussion der letzten Tage sind wir der Überzeugung, ohne Schaden für Schülerinnen und Schüler aller Schulen den vorübergehenden Raumengpass an der Josef-Annegarn-Schule auszugleichen. Wir haben im

Vergleich zum Umland hervorragend ausgestattete Schulen, in denen jeweils engagierte Lehrerkollegien gute Arbeit leisten. Wir als CDU haben uns bei der Planung der Franz-von-Assisi-Grundschule für den Standort „Beverwiesen“ entschieden, weil in einem zusammenhängenden Schulzentrum vorübergehende Raumengpässe einer Schule durch evtl. „Überkapazitäten“ ausgeglichen werden konnten. Auch diese Überlegungen haben die Bürgerinnen und Bürger im damaligen Bürgerentscheid mit veranlasst, mit überwältigender Mehrheit dem Standort zuzustimmen. Rückläufige Schülerzahlen an den Grundschulen führen zwangsläufig zu weniger Raumbedarf. Wir halten es nach wie vor für zumutbar – sowohl für Lehrer und auch Schüler – über einen absehbaren Zeitraum unter Einbeziehung aller Schulen zusammenzurücken. Auch die Franz-von-Assisi-Grundschule sollte bei der Suche nach Räumlichkeiten einbezogen werden, denn hier beinhalten die Klassenräume – wie besorgte Eltern im Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden anführten – bereits direkt angegliederte Rückzugsmöglichkeiten. Leider haben in diesem Gespräch sowohl beide Schulleitungen als auch die Elternvertretung auf Rückfrage eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass nur die Containerlösung als einzige Lösungsmöglichkeit angesehen werde. Auch die OGS sollte in diese Überlegungen einbezogen werden!

Wir sind sicher: Das für das neue Schuljahr anstehende Problem ist bei gutem Willen und im Zusammenwirken aller Schulen auch ohne Container lösbar.

Vielfach wird uns die Frage gestellt, ist der Neubau für das Jugendwerk – benannt erst als Begegnungszentrum und jetzt als Haus der Zukunft – in angespannten Haushaltssituationen überhaupt darstellbar? Wir sagen eindeutig „Ja“! Haus der Zukunft – Jugend ist unsere Zukunft ebenso wie unsere zuvor angesprochenen Schülerinnen und Schüler.

Die uns in den letzten Tagen gestellte Frage: Für Container für die Josef-Annegarn-Schule habt ihr kein Geld, aber warum macht ihr fürs Jugendwerk 500.000 € locker? Die Frage ist schnell beantwortet. Wie ausgeführt sind wir überzeugt, den Interessen der Schulen gerecht zu werden, wenn wir bestehendes Raumpotenzial möglichst intelligent nutzen. Anders beim Jugendwerk! Hier sind die Jugendlichen im Gewerbegebiet untergebracht, deren Umfeld sich nachhaltig verändert und das nachbarschaftliche Gewerbe mit seinen Immissionen verantwortungsvolle

Jugendarbeit unmöglich macht. Wir haben uns mit der Fraktion vor Ort über die Arbeit des Jugendwerkes und die Bedingungen informiert. Wir sind der Überzeugung, hier wird engagierte, moderne Jugendarbeit betrieben, die ein besseres Umfeld und somit nach außen sichtbar auch mehr Anerkennung verdient. Dabei dürfen wir auch den Einsatz in der Nachmittagsbetreuung an der JAS nicht vergessen. Auch dieses Engagement verdient unsere finanzielle Unterstützung. Die Tatsache, dass die eingesparte Miete die Finanzierungskosten abdeckt, darf nicht unerwähnt bleiben. Somit wird die Gemeinde nicht zusätzlich belastet und das vorhandene Areal erhält neben dem Projekt „Box- Lernstall“ und Fairtailer eine Nutzung, die dauerhaft die Jugend- und Sozialarbeit in den Mittelpunkt stellt.

Wir sind nach wie vor stolz darauf, die Zuwendungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich nicht kürzen zu müssen. Auch sehen wir uns derzeit noch in der Lage, auf Nutzungsentgelte für gemeindeeigene Sportstätten zu verzichten. Lediglich für die neue Aula/Mensa vereinbarten wir Nutzungsentgelte, die aber für die Nutzer mit Einsparungen für technisches Equipment und geringeren Arbeitsaufwand bei der Herrichtung der Räumlichkeiten zu einem Großteil kompensiert werden können.

Sorgen bereitet uns der bauliche Zustand unseres „Knusperhäuschens“. Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise werden wir gemeinsam mit dem Träger unter Beachtung der Interessen unserer Kinder treffen müssen. Zwar sind wir in der glücklichen Lage, bereits über einen neuen Standort am Grevener Damm entschieden zu haben. In die weiteren Planungen sind aber auch mögliche Erkenntnisse über die Nutzung des bisherigen „Knusperhäuschens“ zu berücksichtigen. Hier sehen wir uns als CDU-Fraktion in der Pflicht!

Die vom Bürgermeister forcierte 925-Jahr-Feier findet zu unserem Erstaunen keinen Niederschlag im Haushaltsplan. Wir begrüßen ehrenamtliches Engagement zur Unterstützung einer solchen Feier und erinnern uns gern an die 900-Jahr-Feier. Hier war – nicht zuletzt wegen der guten Witterungsbedingungen am Festwochenende – sogar ein stattliches Plus von den teilnehmenden Vereinen erwirtschaftet worden. Aber was ist, wenn Petrus den Vereinen hier einen Strich durch die Rechnung macht. Darum sind für uns hier noch viele Fragen, wie z.B. Ausfallgarantien, Organisationsunterstützung usw., offen. Gerade das von der Verwaltung vorgesehene personelle

Engagement – wie in den Fachausschüssen zu hören war – macht uns Sorgen und lässt in der derzeitigen finanziellen Situation bei uns Skepsis gegenüber einer solchen Veranstaltung aufkommen. Hier benötigen wir schnellstens Antworten und danach verbindliche Entscheidungen, die denjenigen, die sich für diese Sache engagieren auch die entsprechende Sicherheit für die „Sinnhaftigkeit“ ihrer Arbeit gibt.

Und damit wären wir bei der gemeindlichen Personalsituation.

Herr Kanski vom BdSt. attestierte der Verwaltung eine schlanke Personaldecke und führte dabei als Beweis den Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten an. Dabei empfahl er uns, auch als Ratsmitglieder die Personalkosten im Auge zu behalten. Anzahl der Ausschüsse, Protokollführung, Kommunikation usw. müssten auf den Prüfstand mit dem Ziel, Sitzungszeiten mit Bindung von Verwaltungspersonal zu minimieren, Arbeitsabläufe zu optimieren und Papierfluten einzudämmen. Als CDU-Fraktion unterstützen wir derartige Bemühungen, ja wir versprechen uns davon sogar Vorteile. Die Kommunikation mit Ratsmitgliedern könnte nach unserer Auffassung sogar papierlos via I-Pad erfolgen und die Protokolle könnten auf Ergebnisprotokolle mit jeweiligen Abstimmungsergebnissen reduziert werden. Die für uns erwarteten Vorteile müssten sich in einer schnelleren Verfügbarkeit sowie besseren und ortonabhängigen Zugriffsmöglichkeit niederschlagen.

Aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt quantitativ, sondern auch die qualitative Seite muss bei der gemeindlichen Personalplanung in den Focus rücken. Deshalb unterstützen wir auch den von der Verwaltung geforderten Wirtschaftsförderer. Hier erwarten wir jedoch nicht nur den „Kümmerner“ sondern den Strategen als Konzeptentwickler. Da eine qualifizierte Kraft (m/w) als Halbtagskraft nur schwer zu finden ist, und die Gemeinde im Fachgebiet „Städteplanung und Raumordnung“ Bedarf hat, haben wir vorgeschlagen, die Stelle für dieses Fachgebiet aufzustocken. Wir erwarten, dass dadurch sich auf Dauer auch die Kosten der Fremdleistungen minimieren lassen und schließen auch nicht aus, das auf Dauer sich der Personalbestand bei Wirksamwerden aller Maßnahmen nicht merklich erhöht. Wir dürfen jedoch diese Entscheidung nicht nur an den Kosten festmachen sondern müssen ein erster Linie auch den Nutzen, der langfristig auch zu einer Verbesserung der Haushaltssituation führen wird, sehen.

Die Diskussion um die Gemeindesteuern hat gezeigt, dass strukturelle Verbesserungen und Ausweisung attraktiver Gewerbeflächen wichtig sind für die Ansiedlung neuer Betriebe. Nur so ist es wahrscheinlich, die Einbußen bei der Gewerbesteuer, die überwiegend durch die Steuergesetze selbst und deren Möglichkeiten zur Reduzierung der Zahllast entstanden sind, dauerhaft auszugleichen. In diese Richtung zielt auch unser Antrag und hier sehen wir auch ein viel versprechendes Betätigungsfeld eines Wirtschaftsförderers und des Raum- und Stadtplaners!

Bei allem Bemühen nach einer schlanken Verwaltung hat die Handlungsfähigkeit höchste Priorität. Es darf nicht sein, dass beantragte Maßnahmen, die evtl. Einsparmöglichkeiten bieten, mit dem Hinweis auf die Personalsituation ins nächste Jahr verschoben werden. Siehe unseren Antrag auf öffentliche Ausschreibung. Es darf auch nicht sein, dass erst auf Anfrage Überstunden in erschreckendem Ausmaß sichtbar werden. Deshalb unser Antrag auf quartalsmäßige Vorlage der angefallenen Überstunden.

Gerade in letzter Zeit haben wir viel über „Integriertes Handlungskonzept“ oder das „Einzelhandelskonzept“ gesprochen. Sicherlich stellen derartige Konzepte eine Orientierungshilfe dar. Sie dürfen aber nicht statisch sein und Entwicklungsmöglichkeiten verhindern. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, hier unter Berücksichtigung der Gesamtinteressen verantwortungsvoll abzuwägen. Dies werden wir im Laufe der heutigen Sitzung unter Einbeziehung bereits gefasster Beschlüsse noch tun.

Konzepte dürfen aber auch nicht dazu führen, ohne Klarheit über Auswirkungen und Machbarkeit Beschlüsse zu fassen, die später revidiert werden müssen. Für die Geschwindigkeitsreglung in der Hauptstraße mussten wir den Ratsbeschluss bereits rückgängig machen. Ob es bei der Bahnhofstraße bei der derzeitigen Beschlusslage bleiben kann, bezweifeln wir sehr stark, denn auch über die negativen Folgen muss noch diskutiert werden.

Auch im Umgang mit ordnungsgemäßen Ratsbeschlüssen hat sich ein Stil eingeschlichen, der dem „Klima“ insgesamt nicht zuträglich ist und außerdem ein Höchstmaß an Verwirrung stiftet. Es ist unredlich, obwohl einstimmige Beschlüsse

vorliegen, den Eindruck zu erwecken, die Angelegenheit sei noch beeinflussbar bzw. werde von einer Fraktion nicht mitgetragen.

Gleiches gilt für den öffentlichen Gebrauch von Fakten aus nichtöffentlichen Sitzungen. Auch hier kann viel wirtschaftlicher Schaden angerichtet werden und Ostbevern gerät in den zweifelhaften Ruf der Unzuverlässigkeit in durch Repräsentanten der Gemeinde gegebene Zusagen und in Rats- und Ausschussbeschlüsse sowie Mistrauen in die Diskretion von Verwaltung und Rat.

Der Schaden, der durch einen derartigen Umgang mit Beschlüssen und Diskretion für die Gemeinde entsteht, ist immens. Welcher Investor möchte schon mit einer Gemeinde ernsthaft verhandeln, wenn seine vertraulichen Planungen an den Dorftischen diskutiert und offenkundig werden?

Gerade bei den zuletzt angesprochenen Themen ist der Bürgermeister in der Pflicht. Öffentlichen, den Ratsbeschlüssen zuwider laufenden Diskussionen, wie beschrieben, muss er entschieden entgegentreten und auch die Pflicht zur Einhaltung der Schweigepflicht muss er permanent einfordern, wenn notwendig sogar mit den möglichen gesetzlichen Sanktionen. Nur so kann das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der verantwortlichen Akteure, aber auch in die Beständigkeit gefasster Ratsbeschlüsse erhalten bleiben.

Auch vermissen wir vielfach seine eindeutige Positionierung und das Bemühen, sich im Vorfeld möglichst auch die politische Durchsetzbarkeit seiner Vorstellungen zu sichern. Das oft gehörte: „Die Politik muss entscheiden“ trifft zwar den Nagel auf den Kopf, deutet aber schon die Unsicherheit bezüglich der Durchsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen an. Am Anfang der Periode sind wir – und sicherlich auch der Bürger – davon ausgegangen, die drei den Bürgermeister tragenden Fraktionen würden eigene, einheitliche Akzente gegenüber der CDU-Fraktion setzen. Weit gefehlt, die Realität sieht anders aus. Fast alle in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode wesentlichen Entscheidungen konnten nur gefällt werden, weil sich auch die CDU konstruktiv für einen Konsens eingesetzt hat. Besonders eine Fraktion zeichnet sich hier immer wieder besonders aus.

Beispiel:

Zunächst fordert die FDP den Bürgermeister schriftlich zur Suche nach Kooperationsmöglichkeiten mit den Nachbargemeinden auf. Dann werden nach konstruktiven, inhaltlichen von der CDU-Fraktion ausgelösten Diskussionen, die vertraglichen Inhalte zur Gründung einer AöR wesentlich verbessert um dann in der Abstimmung – mit Hinweis auf den Verlust der kommunalen Eigenständigkeit – sich gegen die Gründung zu stellen. Und dies, obwohl der Bürgermeister nur im Sinne des FDP-Antrages gehandelt hat.

In einer „Nachlese“ der HFA-Sitzung vom 03 März 2012 bekräftigte Herr Kanski nochmals in unserer Fraktion, dass Ostbevern durchaus schuldenfrei werden kann. Der Ausgleich des Haushaltes kann seiner Überzeugung nach nur im Konsens mit allen Fraktionen erreicht werden. Dies ist unser Ziel und sollte auch Ziel der übrigen Fraktionen sein.

Ausgabendisziplin ist oberstes Gebot, leider auch mit Standhaftigkeit gegenüber Druck von Außen verbunden. Die WN stellte in ihrer Berichterstattung einmal die Aussage von Herrn Kanski: „Sparen geht nicht immer schmerzfrei“ heraus und berichtete über die HFA-Sitzung unter der Überschrift „Viel wenig ist auch viel“.

Diese Aussagen können wir nur unterstreichen. Bei diesen nun zu Ende gehenden Beratungen hat sich leider diese Erkenntnis bei Vielen noch nicht durchgesetzt.

Wir haben durch unsere Beiträge und Anträge das Gesicht des Haushaltes wesentlich „geliftet“. Wir haben zum größten Teil unsere Vorstellungen umsetzen können, wenngleich noch viel zu tun ist. Unser Ziel ist mittelfristig Haushaltsausgleich und Schuldenfreiheit zu erreichen. An diesen Zielen werden wir weiterhin unser Abstimmungsverhalten orientieren.

Der Haushaltsentwurf 2012 in der ursprünglichen Fassung war für uns nicht zustimmungsfähig. Erst die Verbesserungen, zu einem Großteil von uns herbeigeführt, machen unsere heutige Entscheidung möglich:

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2012 unter Berücksichtigung der in den Beratungen beschlossenen Änderungen zu.

Abschließend bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre tatkräftige Unterstützung und die gute Zusammenarbeit. Ebenso

gilt unser Dank allen ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und –bürgern für ihr selbstloses Engagement zum Wohle unserer Gemeinde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sperrfrist: Donnerstag, 29. März 2012, 18.00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -